

Kurzinformationen Pakistan

zusammengestellt von Jorge Scholz

Wirtschaftskrise gefährdet Finanzierung des Staatshaushalts

Die unverändert hohe Inflation, eine katastrophale Baumwollernte mit fatalen Folgen für die exportorientierte Textilindustrie und ein dramatischer Abfluß ausländischen Investitionskapitals droht die ehrgeizige Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bhutto-Regierung zu pulverisieren. Zu diesem alarmierenden Ergebnis kommt der persönliche Wirtschaftsberater der Premierministerin, V. A. Jaffery, in einem jüngst veröffentlichten Zwischenbericht zum Haushaltsjahr 1994-95. Vor allem die ungebremste Geldentwertung, die in dem Report mit 15,3 Prozent angegeben wird und damit um mehr als das Doppelte über dem selbstgesteckten Ziel von sieben Prozent liegt, bereitet dem Verfasser der Studie Sorge. Da gleichzeitig das Wirtschaftswachstum entgegen deutlich optimistischerer Prognosen unter der Fünf-Prozent-Marke blieb, weisen alle Indikatoren eine real schrumpfende Ökonomie aus.

Unter der Rezession leidet vor besonders die breite Masse der armen und einkommensschwachen Stadtbevölkerung, da sich Lebensmittel überproportional verteuert haben. Die seriöse Tageszeitung "Dawn" ermittelte kürzlich für einen Warenkorb mit 30 Grundnahrungsmitteln wie Mehl, Fleisch, Hülsenfrüchte, Gemüse und Obst einen durchschnittlichen Preisanstieg von mehr als 38 Prozent. Aber auch die um 21 Prozent angehobenen Stromtarife trifft viele Familien der unteren Mittelschicht doppelt hart, da sie nicht nur die höheren Produktionskosten der Unternehmer in Form von höheren Rechnungen beim Einkaufen im Bazar zu spüren bekommen, sondern auch der heimische Elektroanschluß zum nicht mehr finanzierbaren Luxus wird.

Die Wirtschaftskrise beruht größtenteils auf den Auswirkungen der dritten schlechten Baumwollernte in Folge. Aufgrund der starken Regenfälle im vergangenen Jahr blieb der Ertrag um rund ein Viertel unter einer Durchschnittsernte. Da Pakistan mit Rohbaumwolle und weiterverarbeiteten Baumwollprodukten wie

Textilien, Stoffen und Garnen zusammen mehr als die Hälfte seiner Exporterlöse erwirtschaftet, klafft in der chronisch negativen Handelsbilanz eine deutlich vergrößerte Lücke: Die Statistiker der Regierung errechneten für den Exportsektor Verluste von 50 Milliarden Rupien (2,5 Mrd. DM). Obendrein mußte gegen Devisen Baumwolle aus Turkmenistan und den USA importiert werden, um den Bedarf der verarbeitenden Betriebe zu decken. Dennoch mußten bisher 144 Spinnereien die Produktion einstellen. Zehntausende verloren ihren Arbeitsplatz.

Die sich parallel vollziehende spektakuläre Kapitalflucht ausländischer Anleger, die nach neuesten Schätzungen in den letzten neun Monaten mehr als sechs Milliarden Mark vom pakistanischen Kapitalmarkt abzogen, läßt sich mit der "Baumwollkrise" allein nicht erklären. Broker und Beobachter deuten den Exodus der Investoren vielmehr als Reaktion auf die bürgerkriegsähnlichen Zustände in der Wirtschaftsmetropole Karachi, dem wichtigsten Industriestandort Pakistans. Die Dimension der Vertrauenskrise läßt sich am Kurssturz des Aktienindex der Börse von Karachi ablesen, der nach wiederholten Panikverkäufen von 2660 Punkten im Sommer 1994 auf ein Rekordtief von gegenwärtig unter 1800 Punkte sackte.

Für die Bhutto-Administration haben die ökonomischen Negativtrends erste Folgen: Einerseits steht schon jetzt das Scheitern des ambitionierten Wirtschaftsreformprogramms der Regierung fest, da sämtliche der im Juni 1994 verkündeten makroökonomischen Zielvorgaben in unerreichbare Ferne gerückt sind. Dies wiederum gefährdet einen zinsgünstigen Milliardenkredit des Internationalen Währungsfonds (IMF), der auf der Basis dieser Vorgaben an die erfolgreiche Umsetzung eines dreijährigen Strukturanpassungsprogrammes gekoppelt ist. Alles deutet darauf hin, daß das gesamte Finanzpaket jetzt neu ausgehandelt werden muß, bevor die im Frühsommer anstehende zweite Rate überwiesen wird. Eine Expertenkommission des IMF führte

im März in Islamabad entsprechende Vorgespräche.

Andererseits senkt die Rezession das Steueraufkommen, so daß sich die Premierministerin, die zugleich als Finanzministerin amtiert, mit Blick auf die Finanzierung des laufenden Staatshaushalts bedrohlichen Engpässen gegenüber sieht. Laut ursprünglicher Budgetplanung sollten bis zum Ende des Haushaltsjahres rund 300 Milliarden Rupien (ca 15 Mrd. DM) Steuereinnahmen in die Staatskasse fließen. Da aber der Fiskus im ersten Halbjahr lediglich 95,5 Milliarden Rupien einziehen konnte, rechnen Experten mit einem Gesamtsteueraufkommen von höchstens 230 Milliarden. Das Finanzministerium korrigierte seine Einschätzung nach der düsteren Zwischenbilanz ebenfalls deutlich nach unten und strebt jetzt offiziell Steuereinnahmen in Höhe von 259 Milliarden an. Bei einem Haushaltsvolumen von 385 Milliarden Rupien bahnt sich in jedem Fall ein beachtliches Defizit mit entsprechender Neuverschuldung an. So wuchsen allein die Inlandschulden in den letzten sechs Monaten um 61 Milliarden Rupien auf den aktuellen Stand von 746 Milliarden. Die Auslandsverschuldung legte ebenfalls kräftig zu und liegt nach neuesten Zahlen bei 21,4 Milliarden US-Dollar. Hierfür werden im Fiskaljahr 1994-95 2,5 Milliarden Dollar Schuldendienst fällig.

Dabei war die PPP-Regierung nach ihrem Wahlsieg vor eineinhalb Jahren mit dem Versprechen getreten, Haushaltsdefizit und Kreditaufnahme mit Steuererhöhungen, verbesserten Einzugsverfahren, schärferen Kontrollen und strenger Sparpolitik in engen Grenzen zu halten. Daß dies nicht gelang, hat sich die politische Führung nach übereinstimmender Analyse tonangebender pakistanischer Wirtschaftsjournalisten selbst zuzuschreiben. Vor allem die anhaltend freigiebigen Regierungsausgaben, die zuletzt um 18 Prozent über den IMF-Vorgaben lagen, werden von Fachleuten für die zerrütteten Staatsfinanzen verantwortlich gemacht. Die Premierministerin reagierte auf das unerfreuliche Ergebnis des Kassensturzes mit einem

ungewöhnliche dürfte nur noch 100.000 l. Außerdem lungen für zunächst e

Kabinettsu

Premier hat ihren Parlaments nach heftige entlastenrecht regierungsi Rights Co (HRCP) - v einem lrlar der Kritik über einer form der di des Landes phemiese Auf die Me sten und di konservativ um Ex-Reg rif reagierte peinlichen man ihn fa sei er ein e ner Änderu der Blasph offiziell S sem allzu c nismus ver auch im eig thien.

Nachfolge sor N.D. Kf Hinterbänkl gierungsche Staatsminis Außerdem t hische Reli Jilani als M bereich der obachterw scheidunger vor allem al cherung ihr halb der PPP

Todesurteile hoben

Der spekt zeß gegen Christen Sal 44 Jahre alti endete in ein vor dem "Li Freisprüche niederen Ge fehlender Be gesichts gev

ungewöhnlichen Schritt: Per Direktive dürfen alle Ministerien Schecks nur noch bis zu einer Höhe von 100.000 Rupien selbst ausstellen. Außerdem wurden sämtliche Zahlungen für Entwicklungsprojekte für zunächst einen Monat gestoppt.

Kabinettsumbildung

Premierministerin Benazir Bhutto hat ihren umstrittenen Justiz- und Parlamentsminister Iqbal Haider nach heftigen Attacken der Opposition entlassen. Der frühere Menschenrechtler - Mitbegründer der regierungsunabhängigen "Human Rights Commission of Pakistan" (HRCP) - war im letzten Jahr nach einem Irlandbesuch ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, weil er gegenüber einer irischen Zeitung eine Reform der die religiösen Minderheiten des Landes diskriminierenden Blasphemiegesetze angekündigt hatte. Auf die Morddrohungen der Islamisten und die wütenden Proteste der konservativen Parlamentsopposition um Ex-Regierungschef Nawaz Sharif reagierte Iqbal Haider mit einem peinlichen Dementi: Erstens habe man ihn falsch zitiert und zweitens sei er ein entschiedener Gegner einer Änderung oder gar Abschaffung der Blasphemiegesetze, hieß es in offiziellen Stellungnahmen. Mit diesem allzu offensichtlichen Opportunismus verspielte der PPP-Politiker auch im eigenen Lager alle Sympathien.

Nachfolger im Amt ist mit Professor N.D. Khan ein wenig profiliertes Hinterbänkler aus Karachi, dem Regierungschefin Bhutto noch zwei Staatsminister an die Seite stellte. Außerdem gehört künftig der indische Religionsführer Abdul Qadir Jilani als Minister ohne Geschäftsbereich der Kabinettsrunde an. Beobachter werten die Personalentscheidungen der Premierministerin vor allem als Maßnahme zur Absicherung ihrer Machtposition innerhalb der PPP.

Todesurteile gegen Christen aufgehoben

Der spektakuläre Blasphemieprozeß gegen den vierzehnjährigen Christen Salamat Masih und seinen 44 Jahre alten Onkel Rehmat Masih endete in einem Berufungsverfahren vor dem "Lahore High Court" mit Freisprüchen. Die zuvor von einer niederen Gerichtsinstanz verhängten Todesstrafen wurden aufgrund fehlender Beweise aufgehoben. Angesichts gewalttätiger Demonstra-

tionen und Mordaufrufe radikaler Islamisten im Anschluß an die Urteilsverkündung wurden die Beiden nach Absprache mit Kirchen- und Menschenrechtsgruppen sowie der deutschen Botschaft in Islamabad im Eilverfahren nach Deutschland ausgeflogen, wo sie Asyl erhielten.

Die Sicherheit der Christen war von den pakistanischen Behörden nach der Freilassung aus dem Gefängnis von Lahore nicht mehr zu gewährleisten, nachdem bereits im April 1994 auf die Angeklagten nach einer Gerichtsverhandlung ein Attentat verübt wurde. Manzoor Masih, ein drittes mitangeklagtes Familienmitglied, wurde dabei von unbekanntem Killern erschossen, während Salamat schwere Verletzungen davontrug.

Der damals Zwölfjährige war im Mai 1993 vom Dorfmullah der punjabischen Ortschaft Rata Dhokra bei Gujranwala angezeigt worden, weil er blasphemische Sprüche an eine Moscheewand gekritzelt haben soll. Obwohl nachweislich Analphabet, wurde der Jugendliche zusammen mit seinen älteren Verwandten allein aufgrund der Aussage des Geistlichen verhaftet und vor Gericht gestellt. Weitere Augenzeugen oder Beweise gab es nicht, da der Mullah die gotteslästerlichen Worte nach eigenen Angaben sofort entfernt haben will. Vor den Richtern war er bis zum Schluß noch nicht einmal bereit, den Wortlaut wiederzugeben. Dennoch endeten die Prozesse in zwei Instanzen mit Todesurteilen. Die Rechtsprechung beruht auf dem umstrittenen Strafrechtsparagrafen 295 (C), der für das Delikt der Verunglimpfung des Propheten Mohammed verbindlich die Todesstrafe vorschreibt. Dieses unter Diktator Zia-ul-Haq formulierte Gesetz wird seit einigen Jahren von radikalen Islamisten als "legale" Waffe gegen Angehörige der religiösen Minderheiten instrumentalisiert, um auf diesem Weg politischen Einfluß im Sinne einer Islamisierung von Staat und Gesellschaft geltend zu machen. Die Regierung Bhutto hatte zum Amtsantritt eine Reform des diskriminierenden Paragraphen angekündigt, was bisher jedoch nicht verwirklicht wurde. Die Revision der Todesurteile in dem von den internationalen Medien verfolgten Verfahren gegen die Familie Masih wird von pakistanischen Kommentatoren als politische Reaktion auf die weltweiten Proteste gewertet, nicht jedoch als positive Trendwende in der Menschenrechtspolitik

Islamabads.

Kaum Verbesserung in der Menschenrechtssituation

Nach Auffassung der Menschenrechtskommission Pakistans (HRCP) gelingt es der pakistanischen Regierung entgegen offizieller Rhetorik nicht, weitverbreitete Menschenrechtsverletzungen zu verhindern oder einzuschränken. Bei der Vorstellung ihres Jahresberichts 1994 bezweifelte die Vorsitzende der HRCP, Asma Jehangir, die Entschlossenheit der Regierung, mehr gegen die chronischen Menschenrechtsverletzungen zu unternehmen als ihre Vorgänger. Nach Angaben der Menschenrechtler sind bei politisch motivierten Unruhen in Karachi im vergangenen Jahr mehr als 800 Menschen ums Leben gekommen, darunter 70 Polizisten. Mehrere Führer der oppositionellen 'Muslim League' wurden ebenso inhaftiert wie andere politische Aktivisten, vor allem aus dem 'Mohajir National Movement'. Mindestens drei Journalisten wurden, so der Bericht weiter, ermordet, während immer mehr Medienvertreter von Polizei und verschiedenen politischen Gruppen unter Druck gesetzt werden. Die seit Oktober 1993 amtierende Regierung unter Benazir Bhutto hat wiederholt ihre Entschlossenheit zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen bekundet und unter anderem eine der Premierministerin unterstellte 'Human Rights Cell' eingerichtet. "Doch die Frage bleibt: haben sowohl Regierung als auch Opposition den Willen, etwas zu verändern?" stellte Jehangir die Absichten der Regierung in Frage und griff eine, wie sie es nannte, mächtige Herrschaftsklasse an, die zu unempfindlich sei für die Anliegen einfacher Leute.

Provinzen sollen Kinder- und Sklavenarbeit abschaffen

Mit einem am 13. Februar verabschiedeten Kabinettsbeschuß hat die Bundesregierung in Islamabad die Provinzregierungen angewiesen, für die buchstabengetreue Umsetzung des Kinderarbeitsgesetzes (Employment of Children Act) von 1991 und des Anti-Sklavereigesetzes (Bonded Labour System Abolition Act) von 1992 zu sorgen. Gleichzeitig wurden die Provinzen mit dem Dekret verpflichtet, Hilfsprogramme für Kinder zu starten, die aufgrund der Durchsetzung

des Verbots von schwerer körperlicher Lohnarbeit für Minderjährige ihr Einkommen verlieren. Derzeit arbeiten in der Landwirtschaft und im informellen Sektor der Städte rund neun Millionen Kinder zwischen fünf und fünfzehn Jahren. Diese Zahl nannten kürzlich Experten im Rahmen eines von UNICEF veranstalteten Fachseminars zur Umsetzung der inzwischen von Pakistan unterzeichneten "UN-Konvention über die Rechte des Kindes".

Kampagne gegen Kinderlähmung

Mit einer großangelegten Impfkation, die am 3. April gestartet wurde, will die Regierung den vor einem Jahr mit einer ähnlichen Kampagne begonnenen Kampf gegen die Kinderlähmung fortsetzen. Insgesamt 21 Millionen Kinder unter fünf Jahren sollen in den kommenden Wochen gegen die ansteckende Krankheit immunisiert werden. Dabei verteilen neben den Gesundheitsbehörden auch zahlreiche Freiwillige sowie mehrere Hilfsorga-

nisationen Impfstoffe im Wert von elf Millionen Mark. Die Zahl der Kinderlähmungs-Erkrankungen ist nach Angaben der zuständigen Behörden nach der ersten systematischen Massenimpfung im vergangenen Jahr drastisch gesunken: 1993 wurden in Pakistan 1803 Fälle registriert; 1994 nur noch 48.

Heroin beschlagnahmt

Paramilitärische Grenztruppen haben nach offiziellen Angaben am 25. März im nordpakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan 6,3 Tonnen Heroin beschlagnahmt und 15 Drogenlabors ausgehoben. Außerdem habe man während des Einsatzes zwölf Menschen verhaftet und zahlreiche Waffen, darunter Raketenwerfer, Granaten und Schnellfeuergewehre konfisziert, hieß es in einer Pressemitteilung der Regierung. Demnach waren an der Fahndungsaktion in der unzugänglichen Bergregion 2800 Uniformierte und Panzerfahrzeuge beteiligt.

Westliche Drogenexperten melde-

ten nach Agenturberichten öffentlich Zweifel an der Mengenangabe der beschlagnahmten Drogen an und bezeichneten die Großrazzia als "Show-Veranstaltung, die Eindruck auf die USA machen sollte". Hintergrund: Premierministerin Benazir Bhutto reiste am 5. April zu politischen Gesprächen in die Vereinigten Staaten, wobei die Drogenproblematik schon im Vorfeld als eines der beherrschenden Diskussions-themen gehandelt wurde. Auch die Anfang April erfolgte Auslieferung von zwei prominenten pakistanischen Drogenbossen an die USA wird von Beobachtern mit dem Bhutto-Besuch in Verbindung gebracht.

Pakistan gilt unter Drogenfachleuten zusammen mit dem benachbarten Afghanistan als bedeutendster Heroinproduzent weltweit.

Lockerung des Waffenembargos

Die US-Regierung beabsichtigt, die 1990 gegen Pakistan wegen seines Atomwaffenprogramms ver-

ECO wird aktiv

Die 'Economic Cooperation Organization' (ECO) wurde 1985 von Pakistan, Iran und der Türkei gegründet. Danach dümpelte sie jahrelang vor sich hin. Das große Erwachen aus der Lethargie begann erst, als die Sowjetunion zusammenbrach und deren sechs mittelasiatische Republiken - jetzt als unabhängige Staaten - sich als Teil der "islamischen Welt" zu präsentieren begannen.

Kürzlich einigten sich in der turkmenischen Hauptstadt Aschqabab die inzwischen zehn ECO-Mitgliedsstaaten grundsätzlich auf die Gründung einer gemeinsamen Charterfluggesellschaft. Bereits im April soll sie zunächst einmal wöchentlich die Haupt- und sonstigen wichtigen Städte der Region verbinden. Trotz ihres "moderaten Umfangs", so ECO-Generalsekretär Schamschad Ahmad in einem BBC-Interview, "wird sie das Transportsystem in der ECO nicht nur modernisieren, sondern revolutionieren".

Damit rücken verkehrstechnisch gleichzeitig die 1992 beigetretenen neuen Mitgliedsländer Afghanistan, Aserbaidjan, Kasachstan, Kirgistan, Tadjikistan, Turkmenistan und Usbekistan den drei Gründerstaaten näher, und über Pakistan entsteht gleichzeitig eine Brücke zwischen der Region Mittelasien und dem indischen Subkontinent. Vor allem Pakistan interessiert sich auch für die neuen Märkte im ehemaligen sowjetischen Mittelasien. Die direkten Landverbindungen blockierte bisher der Afghanistan-Konflikt; Ende des vergangenen Jahres war von dort aus erstmals ein LKW-Konvoi nach Turkmenistan durchgekommen.

Die ECO selbst hat sich durch die neuen Mitglieder auf insgesamt etwa 300 Millionen Einwohner und 8 Millionen Quadratkilometer Fläche ausgedehnt. Während Islamisten das als Sieg des Islam über den Atheismus feierten, dominieren im Hintergrund Geschäftsinteressen. Die Ex-Sowjetrepubliken versuchten vor allem, ihre bis dahin auf Moskau zentrierten Wirtschaftsbindungen zu diversifizieren und müssen deshalb eine Südanbindung suchen. Die Türkei, Iran und Pakistan, die mit internen Wirtschaftskrisen zu kämpfen haben und durch den Protektionismus des Westens von wichtigen Bereichen des Welthandels abgeschottet sind, witterten neue Märkte zwischen Kaukasus und Tienschan. Größere Kooperationsvorhaben erwiesen sich jedoch als nicht zu realisieren, alle drei Länder verfügten nicht über genügend Kapital, um in bedeutenden Größen in Mittelasien investieren zu können.

Die neue Fluggesellschaft ist da ein erster, wenn auch kleiner Schritt. Bedeutender ist - einfach aus Kapazitätsgründen - der Ausbau der Eisenbahn- und Straßenverbindungen zu den ECO-Häfen am Indischen Ozean. Doch dabei herrscht eher Konkurrenz als Kooperation, vor allem zwischen Iran und Pakistan (für die Türkei ist wegen ihrer geographischen Lage nur der Transit für Aserbaidjan interessant). Beide favorisieren Projekte auf eigenem Territorium: Iran den Anschluß an das ex-sowjetische Eisenbahnnetz über Turkmenistan mit Endpunkt in Bandar Khomeini am Golf; Pakistan die Verbindung über die afghanische Ringstraße mit Endpunkt in Karachi und dem im Aufbau befindlichen Freihafen Gwadar. Kasachstan hat inzwischen schon Verträge über eine Eisenbahnanbindung über China an den Pazifik unter Dach und Fach.

Bis diese Lücken tatsächlich geschlossen sind, bleibt eine effektive ECO-Kooperation trotzdem vor allem noch Zukunftsmusik.

(Thomas Ruttig)

hängen S
Dies beric
staatlichen
trolle und
am 4. Ai
Washington
rue ihre
setzt, erhä
wegen d
ausgeliefer
drei P-3-f
Bekämpfung
tere Rüst
mehr als ei
Der Vors
Regierung
April ang
von Premie
lisiert zum
schaft übe
gen Be;
Thema. D
USA berul
Amendmen
publikanisc
Pressler bei
Auslandshil
Demnach
amerikanisc
und Hilfsge
aus Gründe
heit der U

Politische
und bewaf
Monaten li
grundkrieg,
und Finanz
ganzen Lar
Terrorwelle
schen. Insg
schreckend
sten, die v
Sicht.

Wie vollstär
heit und Ord
ist, läßt sich
bislang kein e
felsfrei aufge
dies, obwohl
1992 mit ze
Soldaten aufm
die Zähne bey

Südasiens 3/95

hängen Sanktionen zu lockern. Dies berichtete der Direktor der staatlichen Behörde für Waffenkontrolle und Abrüstung, John Holum, am 4. April vor der Presse in Washington. Falls die Clinton-Regierung ihre Absicht in die Tat umsetzt, erhält Pakistan 38 bezahlte, wegen des Embargos aber nicht ausgelieferte F-16-Kampfbomber, drei P-3-Patrouillenflugzeuge zur Bekämpfung von U-Booten und weitere Rüstungsgüter im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar.

Der Vorstoß der amerikanischen Regierung zum Auftakt des am 5. April angetretenen USA-Besuchs von Premierministerin Bhutto signalisiert zumindest Gesprächsbereitschaft über dieses die beiderseitigen Beziehungen belastende Thema. Das Waffenembargo der USA beruht auf dem "Pressler-Amendment", einem nach dem republikanischen Senator Larry Pressler benannten Zusatz zum US-Auslandshilfegesetz von 1985. Demnach darf Pakistan nur dann amerikanische Waffenlieferungen und Hilfgelder erhalten, wenn dies aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA erforderlich ist oder

Islamabad mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichtet. Die Bhutto-Regierung bestätigte zwar wiederholt mit dem Hinweis auf die atomaren Rüstungsanstrengungen des indischen Nachbarn die Existenz eines eigenen Nuklearprogramms, das jedoch nach pakistanscher Lesart ausschließlich friedliche Zwecke verfolgt. Senator Pressler selbst hatte vor kurzem vor einer Lockerung der Sanktionen gewarnt und auf CIA-Informationen verwiesen, wonach Pakistan inzwischen über neun bis zehn Atomwaffen verfüge.

Herzog besucht Pakistan

Bundespräsident Roman Herzog hielt sich zum Auftakt einer Asien-Reise vom 4. bis 9. April in Pakistan auf, der ersten Visite eines deutschen Staatsoberhauptes seit 1962, als Heinrich Lübke zu Gast war.

In den Gesprächen Herzogs mit der pakistanschen Staats- und Regierungsspitze sowie mit Oppositionsführer Nawaz Sharif standen Menschenrechtsfragen im Vorder-

grund. Laut einem in Bonn veröffentlichten Redetext beklagte er gegenüber seinen Gastgebern nicht nur die von Indien verantworteten Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir, sondern mahnte auch in ungewöhnlich deutlicher Form die Respektierung der Menschenrechte in Pakistan selbst an.

In Islamabad unterzeichnete der Bundespräsident ein Regierungsabkommen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten im Gesamtvolumen von 70 Millionen Mark. Nach Auskunft der deutschen Botschaft dienen die Kredite und Subventionen vor allem dem Bau eines Wasserkraftwerkes. Außerdem besuchte Herzog die auch mit deutschen Mitteln geförderte Agha-Khan-Stiftung in Gilgit, die im gebirgigen Norden des Landes zahlreiche Projekte zur Förderung der ländlichen Entwicklung unterhält, mehrere deutsche GTZ-Projekte im Nanga-Parbat-Gebiet sowie die beiden wichtigsten Wirtschaftsmetropolen Lahore und Karachi, wo u.a. Gespräche mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern auf dem Programm standen.

Krisenherd Karachi:

"Tor zur Welt" wird zur "Stadt des Todes"

von Jorge Scholz und Susanne Thiel

Politische Morde, Bombenattentate religiöser Sekten und Schießereien zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Banden gehören derzeit in der Zwölf-Millionen-Stadt Karachi zum Alltag. Schon seit Monaten liefern sich diverse Terrorgruppen mit blutigen Greueln einen erbarmungslosen Untergrundkrieg, der nicht nur das soziale und wirtschaftliche Leben in der wichtigsten Industrie-, Handels- und Finanzmetropole Pakistans bedroht, sondern zunehmend auch die labile politische Stabilität des ganzen Landes ins Wanken bringt. Selbst massive Militär- und Polizeipräsenz konnte die eskalierende Terrorwelle bisher nicht stoppen: Allein in diesem Frühjahr starben bei Anschlägen rund 400 Menschen. Insgesamt waren in den letzten 15 Monaten mehr als 1200 Tote zu beklagen. Darunter erschreckend viele Kinder, Frauen und andere wehrlose Unbeteiligte, aber auch mindestens 75 Polizisten, die von Heckenschützen erschossen wurden. Ein Ende des Blutvergießens ist bisher nicht in Sicht.

Wie vollständig die öffentliche Sicherheit und Ordnung zusammengebrochen ist, läßt sich auch daran ablesen, daß bislang kein einziges Verbrechen zweifelsfrei aufgeklärt werden konnte. Und dies, obwohl die Armee schon im Juni 1992 mit zeitweilig mehr als 50.000 Soldaten aufmarschierte, um die bis an die Zähne bewaffneten Untergrundmili-

zen zu zerschlagen und den Frieden mit den Sondervollmachten eines für Karachi verhängten Mini-Kriegsrechts wiederherzustellen. Doch die "Operation Clean-Up", wie die Militärs ihre Aktion taufen, scheiterte im Kampf gegen die "Kalaschnikow-Kultur" Karachis. Zwar wurden wiederholt ganze Stadtviertel auf der Suche nach Verdächtigen systema-

tisch Haus für Haus durchkämmt und Hunderte ohne jeden Haftbefehl oder formale Anklage für Wochen und Monate in geheime Untersuchungsgefängnisse verschleppt. Viele Gefangene - in der Mehrzahl Anhänger der 'Nationalen Bewegung der Mohajir' ('Mohajir Quami Mahaz', - MQM) oder Verwandte von gesuchten MQM-Aktivist